

Liebe Demokratinnen und Demokraten in Wipperfürth,
vielen Dank für die Einladung, heute hier dabei sein zu dürfen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ - so steht es ganz vorne, in Artikel 1, in unserem Grundgesetz. In unserem Grundgesetz, das in sechs Wochen 75 Jahre alt wird. Es war formuliert worden unter dem Eindruck des Schreckens über die Nazi-Barbarei, des Terrors nach innen und des grausamen Krieges nach außen, der millionenfachen Morde an der jüdischen Bevölkerung Europas und an vielen anderen, die als „minderwertig“ eingestuft wurden. Er war wichtig, die Grundwerte klarzustellen, bevor ein neuer Staat gegründet wurde, denn nicht nur dem Regime, dem allergrößten Teil des Volks der „Dichter und Denker“ – wie es sich gerne selbst bezeichnete – waren die Werte verloren gegangen.

Auch hier in Wipperfürth. Noch bei den Reichstagswahlen im März 1933 – da war Hitler schon Reichskanzler, da wurden schon die ersten KZs für Oppositionelle eingerichtet – gehörte Wipperfürth zu den oberbergischen Kommunen mit dem niedrigsten Stimmenanteil für die NSDAP: Gerade einmal 20% hatten die Nazis gewählt. Die starke kirchliche Verankerung der Menschen war zunächst Kompass und ein Schutz gegen die Hetze. Doch leider hielt dieser Schutz nicht. Im November 1933 stimmten dann in Wipperfürth rund 90% für die NSDAP. Das zeigt, wie weit und wie schnell sich die Menschen abgefunden hatten mit der Diktatur. Viel zu viele machten mit, nur wenige widersprachen und riskierten damit ihr Leben.

Zehn Jahre später hatte die NS-Wehrmacht die Länder Europas überfallen und mit Krieg überzogen. Die Männer aus Wipperfürth waren dabei, unterwegs um zu töten und um zu sterben. Sie fehlten hier bei all den Arbeiten, die sinnvoll und notwendig waren. Dazu holte das Regime Zwangsarbeitskräfte aus den besetzten Ländern, junge Frauen und Männer aus Polen, der Ukraine und aus Russland. Weil man diesen Menschen keine Würde zugestand, weil man sie für minderwertig hielt, mussten sie unter miserablen Bedingungen leben und arbeiten. In Kupferberg wurde die stillgelegte Mine wieder in Betrieb genommen, die Arbeitssklaven sollten deutsches Kupfer für die Rüstung abbauen. Die Gräber der Gedenkstätte in Kreuzberg und auch drüben auf dem alten Friedhof am Don-Bosco-Weg sind stumme Zeugen der schrecklichen Unfälle bei der Arbeit und der Krankheiten in den Lagern.

So etwas geschieht, wenn die Grundwerte verloren gehen, wenn die Würde des Menschen nicht geachtet wird. Ja, es ist kein Zufall, dass im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht: „Die Würde des Menschen“ und nicht „Die Würde des Deutschen“, denn die Menschenrechte gelten universell, unabhängig von Pass, Herkunft, Religion oder Hautfarbe. Denn wir Deutschen haben keine Sonderrechte gegenüber anderen Menschen, alle Menschen haben die gleiche Würde. Und diese Würde muss respektiert werden.

Das ist der Konsens, auf dem unsere Verfassung und unser Land gegründet sind.

Und jetzt kommt eine Partei daher und will wieder eine von ihr selbst definierte Gruppe von Menschen zur Ursache für die Probleme, die wir in unserem Land haben, erklären. Und die reden jetzt offen darüber, diese Menschen aus unserem Land zu vertreiben. Maximilian Krah, der AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl, hat in seinem Buch "Politik von Rechts" das Ziel verkündet, 15 bis 25 Millionen Menschen zu „remigrieren“, also aus unserem Land zu deportieren. Wer das sein soll, ist – wie wir aus den Berichten über das Potsdamer Treffen erfahren haben – ziemlich willkürlich. Selbst wer einen deutschen Pass hat, ist nicht sicher: Markus Wagner, AfD-Landtagsabgeordneter hier in NRW, verlangt, dass man „assimiliert mit uns zusammenleben“ muss, wenn man nicht deportiert werden will. So assimiliert wie die Menschen, die in der NS-Zeit Mitläufer waren? Meine Enkelin Olivia ist gerade 15 geworden. Sie geht in Köln zur Schule und ist, wie sich das für Teenager gehört, nicht völlig stromlinienförmig angepasst. Und sie spricht auch türkisch, damit sie sich mit „Anne-Anne“, ihrer türkischen Oma, verständigen kann. Soll demnächst irgendein „Remigrations-Beauftragter“ entscheiden, ob sie assimiliert genug ist, um von der Deportation verschont zu werden?

Eine besondere Rolle in der AfD spielt der Bundestagsabgeordnete Eugen Schmidt, der seit einiger Zeit hier im Oberbergischen, in der Gemeinde Reichshof, wohnt. Schmidt hat schon im Herbst vergangenen Jahres Matthias Helferich, der sich selbst als „das freundliche Gesicht des NS“ bezeichnet, in sein Büro in Vollmerhausen eingeladen. Sein Ziel ist, die aus der ehemaligen Sowjetunion eingewanderten „Russlanddeutschen“, die ja auch hier im Oberbergischen in vielen Kommunen zu Hause sind und ihre Heimat gefunden haben, von den anderen Oberbergerinnen und Oberbergern zu spalten und zu sich in seine extrem rechte Ecke zu ziehen. Eugen Schmidt hat sich nach dem Bekanntwerden des Treffens in Potsdam öffentlich zu den Vertreibungsplänen bekannt. „Remigration? Ja! Dazu stehen wir!“ sagt er in einem Video auf Facebook, das er mit einem Schwarm von Flugzeugen, mit denen Menschen deportiert werden, illustriert. Und mit Bildern von einem irrsinnig hohen Grenzzaun. Diese Bilder kommen aus dem Umfeld der Jungen Alternative, wo sie zu Propaganda-Zwecken generiert werden. Eugen Schmidt setzt sich öffentlich für die extrem rechte JA ein, er gehört offensichtlich selbst zum äußersten Rand der Rechtsextremen.

Und solche Leute wollen jetzt unsere Gesellschaft spalten, wollen Mitbürgerinnen und Mitbürger deportieren. Wir dürfen das nicht zulassen. Es ist wichtig, dass wir jetzt gemeinsam hier stehen. Jetzt, bevor die extrem Rechten wieder die Möglichkeit haben, Menschen abzuholen und zu deportieren. Dass wir jetzt gemeinsam unser Grundgesetz und unsere Demokratie verteidigen.

Es gibt Stimmen, die bei der Auseinandersetzung mit der AfD von einem Konflikt zwischen „links“ und „rechts“ reden, die extrem Rechte und ihre Gegner auf eine Stufe stellen und allgemein von „Extremismus“ sprechen. Dass das Unsinn ist, zeigt auch diese Kundgebung. Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und erst recht gegen Faschismus, eine im Wortsinne antifaschistische Grundhaltung – das ist keine Frage des „Linksextremismus“, sondern das ist eine Frage des Anstands. Das hat schon die berühmte Marlene Dietrich damals auf den Punkt gebracht. Als die Nazis sie für ihre Propaganda-Filme haben wollten, blieb sie in den USA und erklärte „Ich bin aus Anstand Antifaschistin geworden!“ Diesen Anstand wünsche ich uns allen.

Und der Anstand gebietet mir, noch etwas zu einem aktuellen Vorgang zu sagen – auch wenn das vielleicht nicht allen gefallen könnte: Das EU-Parlament hat am Mittwoch eine „Asylrechtsreform“ beschlossen, die das Menschenrecht auf Asyl nicht reformiert, sondern zur Unkenntlichkeit deformiert, einen Pakt, der unser Europa in Richtung auf eine von der extremen Rechten geforderten „Festung Europa“ entwickeln könnte. In einer solchen Festung, abgeschottet von Menschen, die in Not sind, können Werte und Menschenwürde nicht gedeihen! Die irrsinnig hohen Grenzzäune habe ich bei Eugen Schmidt von der AfD und bei Donald Trump gesehen – das passt nicht zu einer weltoffenen, solidarischen Gesellschaft!

Vor uns liegt eine harte, anstrengende Zeit im Wahljahr 2024 und erst recht 2025. Wir müssen da durch. Und zwar gemeinsam! Parteien, Religionsgemeinschaften, Vereine - alle zusammen! Natürlich sollen und müssen wir um den richtigen Weg, um die richtige Politik streiten. Doch wir müssen dabei unsere Haltung wahren, wir müssen stets die Würde aller Menschen achten. Und niemals darf eine Partei in den Irrtum verfallen, man könne Wählerinnen und Wähler von den extrem Rechten zurückholen, wenn man die Parolen und die Forderungen der Hetzer als "Stimmen besorgter Bürger" übernimmt. So etwas adelt die rechte Hetze, erhebt sie in den Rang des Sagbaren und Diskussionswürdigen. Konkret: Wer das Gerede von einer „Migrationskrise“ übernimmt, der nimmt den Menschen, die vor Krieg und Unterdrückung fliehen müssen, die Würde, indem er sie als Ursache einer Krise bezeichnet und sie verantwortlich macht für die Probleme in unserem Land. Wir müssen und sollen darüber streiten, wie wir die Probleme lösen, aber wir können gemeinsam eine menschenwürdige Lösung finden und auch das Geld dafür auftreiben, wenn wir konstruktiv zusammenarbeiten. Das ist schwer, aber das ist Demokratie! Wir brauchen einen langen Atem. Aber ich zähle auf euch!